

Dillenburger Tageblatt

Kreis **Anzeigenpreise:** Die 6spaltige, 20 Zeilen 20 Pfennig, **Achtzeilenzeile:** (6spaltige) 60 Pfennig. Bei Wiederholungen Aufnahmen entfallender Rabatt oder günstige Zeilen-Abstände. Offertengelben oder Blaukalk durch die Geschäftsstelle 25 Pf. alle Dillenburg und P. Meißner, Depositenkasse, Dillenburg.

78. Jahrgang

Der Wahlkampf in England.

Das Parlament war längst überfällig. Es bestand seit dem Winter 1911 und nur der Krieg war Schuld daran, daß es von Jahr zu Jahr prolongiert wurde. Ein Parlament, das den Krieg gutgeheissen, hätte nun auch eigentlich den Frieden zustimmen sollen. Die Gründe, aus denen Lloyd George ein neues Parlament wählen läßt, sind teils persönlich, teils parteipolitisch. Die Northcliffe-Presse schrie ständig nach Neuwahlen. Ihr Berlangen ist recht durchsichtig. Sie will Lloyd George wieder den ersten Platz geben und will gar nicht erst die Rückschläge der Fronttruppen erwarten. Das ist sehr begreifbar für die Sympathie, die Lloyd George bei dem englischen Heere hat. Der Premierminister macht die Neuwahlen auf Grund der Koalition mit den Konservativen. Der Ausschluß Lloyd Georges und der Gesellschaft unter den Liberalen an die Konservativen bedeutet nämlich ohne Befähigung des unabhängigen Angebots der Liberalen unter Aquität. Lloyd George hat seinem Kompromiss mit den Konservativen diesen wesentlichen Zugeständnisse machen müssen, Reichs- und Kriegszölle zu heben, keine Zölle auf Lebensmittel, Erhaltung der Intelligenz durch staatliche Hilfe und Maßregeln gegen die landwirtschaftliche Schleuderkonfurrenz. Er bestimmt sich zwar auch noch zu Homerie für Irland, aber Ulster soll ausgenommen sein, und überdies soll die Einführung der irischen Selbstverwaltung zurückgestellt werden. Man denke an die irische Freiheitskämpfe der Irländer und dabei an Lloyd Georges Programm der Selbstbestimmung, der sich über Irlands Tyrannei gegen Elfen, Polen usw. moralisch hatte.

Die Truppen in der Ukraine.
Ries, 30. Nov. (B.B.) Zeitungsmitteilungen zufolge ist zwischen dem ukrainischen Verkehrsministerium und der deutschen Eisenbahnerverwaltung eine Einigung über die Heimbeförderung der deutschen Truppen aus der Ukraine erzielt worden. Die Heimbeförderung wird etwa drei Monate dauern bei täglicher Abfertigung von sechs Zügen in beiden Hauptrichtungen.

Berlin, 1. Dez. Die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes berechtigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer kraft rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Armenunterstützung und Konkurs sind nicht mehr Gründe für den Verlust des Wahlrechts. Voraussetzung der Berechtigung zur Wahl ist einjährige Reichsangehörigkeit. Auf durchschnittlich 150 000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, fällt ein Abgeordneter. Ein Ueberschuß von mindestens 75 000 Einwohnern im Wahlbezirk wird den vollen 150 000 gleichgesetzt.

Der Termin, bis zu dem die Wahlkreise aufzustellen sind, ist noch nicht festgelegt. Die Wahlkreise müssen mindestens 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises umfassen. Sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Mehrere Wahlkreise können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlkreise oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem bestimmten Termin beim Wahlvorstand angemeldet werden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückgenommen werden. Zur Prüfung der Wahlkreise und der Verbindung der Kreise wird in jedem Wahlkreis ein Wahlausschuß aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern gebildet, der mit Stimmeneinheit entscheidet.

Hindenburg über die A.- und S.-Räte.

Frankfurt, 30. Nov. (W.B.) Dem Stellv. Generalkommando 18. A.-K. ist nachstehende Drahtung aus Wilhelmshöhe des Kaiser unterm 28. November von der Obersten Heeresleitung zugegangen: „Nachdem die Delegierten der Bundesstaaten den Beschluß gefaßt haben, daß bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens zu betrachten seien, weise ich darauf hin, daß Konflikte mit diesen Körperschaften zu vermeiden sind. Festnahme von Persönlichkeiten, die dem Arbeiter- und Soldatenrat angehören, durch die Kommandobehörden und Truppen ist strengstens verboten. Wenn einzelne Mitglieder der Räte in unzulässiger Weise in die Maßnahmen der Kommandobehörden für die Rückführung des Heeres eingreifen, ist dies unverzüglich der Obersten Heeresleitung unter Darstellung des Falles zu melden. Die Reichsregierung ist ersucht, die Arbeiter- und Soldatenräte anzuweisen, den militärischen Anforderungen der Kommandobehörden des Heeres für die Rückführung der Truppen nachzukommen und sich jeden eigenmächtigen Eingriffes zu enthalten, andererseits dürfen auch Kommandobehörden und Truppen nicht in die örtlichen Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte eingreifen. Beschwerden in dieser Richtung sind an die Stellv. Generalkommandos zu legen. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwartet werden, daß von den Truppen des Heeres unter Verletzung der Gesamtlage nichts unternommen wird, was Erregung unter der Bevölkerung herbeiführen könnte. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fahnen und Abzeichen: an diesen soll, wenn sie in würdiger Form gezeigt oder der Truppe etwa in Gestalt von Blumen und dergleichen zur Begrüßung dargebracht werden, ebenso wenig Mißtraß genommen werden, wie von den A.- und S.-Räten und von der Bevölkerung das gleiche hinsichtlich anderer Abzeichen und Flaggen erwartet werden muß. Bez. v. Hindenburg.“

Neue Zusammenstöße mit A.- und S.-Räten.

Wanne, 30. Nov. Zwischen Wachmannschaften des Arbeiter- und Soldatenrates und einem aus dem Felde zurückkehrenden Gardebataillon kam es auf dem hiesigen Bahnhof zu einem scharfen Zusammenstoß. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, wobei auch Maschinengewehre benutzt wurden. Von den Fronttruppen wurden vier Soldaten verletzt. Darauf stürmten die Gardisten das Amtsgebäude vor dem Bahnhof, wobei ein neunzehnjähriger Knabe getötet, ein Garbist und ein Wachmann des Soldatenrats verletzt wurden. Die Ursache zu dem Vorfall soll darin liegen, daß ein Bahnposten von den Frontsoldaten niedergeschlagen wurde. Der Arbeiter- und Soldatenrat richtet an die Bevölkerung die Mahnung, sich nicht auf der Straße aufzuhalten.

Noch sucht neue Hände.

Berlin, 30. Nov. Ich erfahre von zuverlässiger Stelle: Nach Mitteilungen, die von der Waffenstillstandskommission in Spa und aus dem Großen Hauptquartier eingetroffen sind, besteht der Eindruck, daß Frankreich durch unangenehmste Festhalten auf genauester Erfüllung der überaus harten Waffenstillstandsbedingungen einen Anlaß zur Kündigung des Waffenstillstandes und zur Weiterführung des Krieges sucht. So ist vor allem die Forderung Hochs nach Ablieferung großer achtachsiger Lokomotiven zu verstehen, worüber in den Waffenstillstandsbedingungen nichts vereinbart worden ist. Dieser Forderung können wir aber schon deshalb gar nicht nachkommen, weil wir nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl dieser Art von Lokomotiven besitzen. Deutschland ist aufs peinlichste bemüht, die Waffenstillstandsbedingungen aufs gewissenhafteste zu erfüllen, obgleich es dadurch an den Stand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht wird. Aber die Forderungen Hochs gehen immer weiter, und das Bestreben, Konfliktgründe zu schaffen, tritt immer deutlicher zutage.

Köln, 30. Nov. (W.B.) Die Prehabteilung des Gouvernements teilt mit: Nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt der Verband, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember, 6 Uhr vormittags, den Rhein überschritten haben.

Die Arbeitskräfte im linksrheinischen Industriegebiet.

Frankfurt a. M., 30. Nov. (W.B.) Wie der Staatskommissar für Demobilisierung mitteilt, haben Arbeitskräfte im linksrheinischen Industriegebiet entgegen aller Zurückhaltungsgedanken auf ihren Arbeitsstellen zu bleiben. Die in dem zu räumenden Gebiet beiderseits des Rheins wohnhaften Heeresangehörigen können mit Ausnahme der Jahrgänge 1893 bis 99 dorthin entlassen werden. Die Befürchtungen, daß die feindliche Heeresleitung die Befähigten entweder als Kriegsgefangene oder zu Arbeitszwecken abführen lasse, entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Diese Maßnahmen gelten auch für die Brückenköpfe, Köln, Koblenz und Mainz.

Der A.- und S.-Rat Frankfurt a. M.

Die Zukunft Palästinas.

Amsterdam, 29. Nov. Wie der „Manchester Guardian“ erklärt, haben die Leiter der zionistischen Bewegung die Zusicherung erhalten, daß sie bei der Behandlung der Frage der Zukunft Palästinas auf der Friedenskonferenz Gelegenheit erhalten werden, die jüdischen Ansprüche auf dieses Land geltend zu machen. Solowick teilt diese Woche nach Paris, um dort mit Zustimmung der britischen und französischen Regierung eine zionistische Geschäftsstelle zu eröffnen, die die Konferenzmitglieder über die Ansprüche unterrichten soll. Es ist beabsichtigt, demnächst in London einen zionistischen Kongress zu eröffnen, auf dem neben der Frage Palästinas die Lage der Juden in gewissen Ländern, z. B. Polen, erörtert werden soll.

Die Sitzung des Vollzugsrates in Berlin.

Berlin, 30. Nov. (W.B.) Der Vollzugsrat trat gestern nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Ein Antrag eines Mitgliedes auf Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Abrechnung der Frontsoldaten wurde angenommen. Weiter wurde beschloffen, für sämtliche Militärpersonen die Wagniskasse auf der Eisenbahn aufzuheben. Ein dritter Beschluß beschäftigte sich mit der Klärung der Stellung der Soldatenräte zu den Kriegögerichten.

Aus Köln war ein Delegierter des Arbeiterrates anwesend, der über die Pläne der rheinischen Bourgeoisie, besonders der Schwerindustriellen, berichtete, die aus Furcht vor Steuerkäsen und Sozialisierung die Rheinlande an Frankreich ausliefern möchte. Ein Mitglied des Vollzugsrates erklärte, daß er Material dafür besitze, daß schon 1916 bekannte rheinische Großindustrielle in Gemeinschaft mit hohen katholischen Geistlichen in Bern mit Sendlingen der Entente verhandelt hätten über einen Zusammenschluß der Rheinprovinz, Elsass-Lotharingens und sogar Süddeutschlands unter französischem Protektorat. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß dies dieselben bürgerlichen Kreise seien, die sich jahtrelang nicht haben genug tun können in Annektionsplänen für Deutschland. Zur Vertiefung gelangte ein Punkt der russischen Volkswirtschaft für ausländische Angelegenheiten, Tschitscherin, daß Rußland seinen Truppen Befehl gegeben habe, jeden Konflikt mit den deutschen Truppen zu vermeiden, und daß von der deutschen Republik dieselbe Stellung erwartet werde. Rußland hoffe, alle Mißverständnisse bald zu beseitigen. Ferner ist vom Exekutiv-Ausschuß der russischen A.- und S.-Räte am 18. Dezember eine russische Delegation eintreffen werde, die über die Lage der russischen Revolution berichten und sich über den Stand der deutschen Revolution informieren solle. Der Vollzugsrat beschloß, durch Punkt der Delegierten vollkommen zu heißen. Der Vollzugsrat beschloß ferner, die Regierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß die Rückführung der deutschen Truppen aus der Ukraine tustschtsch beschleunigt wird, und daß keine Besatzungen ganz oder teilweise an Ort und Stelle belassen werden. Der Vollzugsrat beschloß ferner die Errichtung von vier Abteilungen (Refforts). Die erste Abteilung soll sich mit der Reichspolitik befassen; sie soll sich zusammensetzen aus acht preussischen Mitgliedern, acht Vertretern der übrigen Bundesstaaten, drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine. Die zweite Abteilung behandelt die preussischen Angelegenheiten und setzt sich zusammen aus neun Mitgliedern des Vollzugsrates. Die dritte Abteilung wird gebildet aus sieben Mitgliedern für ausschließlich Groß-Berliner Angelegenheiten. Die vierte Abteilung, bestehend aus vier Mitgliedern, behandelt die internen Angelegenheiten des Vollzugsrates. Diese vier Abteilungen arbeiten selbstständig, jedoch müssen sie die besonders wichtigen Fragen dem Plenum zur Beschlußfassung vorlegen.

Soem: Wäre die Revolution durch ein klassenbewußtes Proletariat vollzogen worden, dann hätte es nicht vor den Gesetzen des Kapitals Halt gemacht. Die Menschheitsbefreiung kann nicht von Obert und Scheidemann ausgehen. Buße: Die Menschheitsbefreiung trägt mit Schuld am Völkermord (Belastung und Widerspruch), was mit den Worten, die uns während der langen Kriegszeit verraten und betrogen haben! Reichstagsabg. Hermann Müller (Reichsbank): Im Reich ist die Mißstimmung gegen Berlin ungeheuer. Das politische Leben läßt sich durch Verleumdungen, nicht aber das Wirtschaftsleben, sonst kommen wir dahin, wo Rußland durch seinen Defätismus hingekommen ist (Zuruf: Wo ist es denn? Rußland ist tot, Ruß: Durch deutsche Mache). Rein, durch die Vorgänge im Wirtschaftsleben. Wir müssen zu einheitlichen Richtlinien kommen, wir müssen Autorität haben, das durchzuführen, was beschlossen wird. Sonst segeln wir unrettbar in die Anarchie. Achten Sie auf den Zerfall des Reiches. Wenn in Süddeutschland und im Rheinland diese Tendenzen zum Siege kommen, so wird das auf andere Provinzen weitergreifen, und in diesen Provinzen kommt vielleicht das Wirtschaftsleben eher zum Aufbau als in Berlin.

Der Vorsitzende gab weitere Anträge bekannt, die die Absehung der Gewerkschaften durch die Staatsgewalt und Verhandlungen der Fehnerkommission mit den Unternehmungen, Gewerkschaften und dem Vollzugsrat fordern. Hoch berichtete über die Bildung eines Zentralarbeitsrats in den Staatsbetrieben in Spandau und gab Einzelheiten über dessen Tätigkeit. Bei der Wamba war Zugreifen nötig, denn es ist festgestellt worden, daß Offiziere große Samtergelder eingestekt haben. Reher: Die wichtigste Frage der wirtschaftlichen Entwicklung liegt in den Händen des auswärtigen Amtes. Die bayerische Regierung hat uns Vorschriften über die Männer machen wollen, die da tätig sind. Sie hat nicht ganz unrecht gehabt.

Aus der Versammlung wurde zur Geschäftsordnung darauf hingewiesen, daß neue Streiks entstanden sind. Vom Vorstandsrat erklärte Bergmann, daß diese ebenso verurteilt würden, wenn sie aus denselben Gründen wie die bisherigen entstanden seien. Münzinger als Vertreter des Siemens-Konzerns: Die achtstündige Arbeitszeit wird nun eingeführt. Kommen wir jetzt nicht zu einem Resultat, dann weiß ich nicht, ob wir die Leute noch im Gefache halten können. Büttcher forderte für die Angestellten gleiche Rechte wie die Arbeiter. Weigheim von den Daimlerwerken teilte mit, daß man bei Daimler die Abschaffung der Akkordarbeit erreicht habe.

Unter allgemeiner Spannung führte darauf der Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses Adolf Cohen aus: Jeder einzelne Streik ist jetzt Torheit, am meisten für die Arbeiter selbst. Wir sind damit beschäftigt, bestimmte Arbeits- und Lohnbedingungen für die Allgemeinheit aufzustellen, kommen aber bei dem jetzigen Durcheinander nicht vom Fleck. Wir reiben uns jetzt gegenseitig auf. Auch der deutsche Arbeiter muß die Lage auf dem Weltmarkt berücksichtigen. Die Gewerkschaftsleitung wird sich mit dem Vollzugsrat schon verständigen (Rufen). In den letzten Tagen sind Hunderttausende neue Mitglieder in die Gewerkschaften eingetreten. Sind die alle über Nacht zu Sozialisten geworden? (Beifall: Rufe: Nein.) Nur das gesamte Interesse hat zu gelten. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Im Schlußwort führte Bergmann aus: Unseren Vollzugsratsmitgliedern war es gestern im Reichstag nicht möglich, ein Wort zu sprechen. Ich behaupte, daß die Soldatenräte wohlüberlegte, eingetragene Organisationen sind, die alles andere, nur nicht das Interesse der Revolution vertreten. (Sehr laut!) Eine bedauerliche Sache hat gegen die Spartakusgruppe eingelegt. Wir sind uns im Vollzugsrat darüber einig, daß die Nationalversammlung einmal einberufen werden muß; aber unter Verhältnissen, wo die

politische Umstände noch so klar aus dem großen Massen hervortritt, ist es wohl wirklich nicht möglich, die Nationalversammlung so bald über Kopf auszuheben zu bringen. Vorläufig muß der Gesamtkongress der A.- und S.-Räte in Berlin zusammengetreten. Wenn Kaiser Wilhelm besappt, es seien von ausländischen Arbeiter- und Soldaten Räten Millionenwerte vergewaltigt, so ist das eine unerbörliche Verleumdung. Ich stelle fest, daß ohne das Eingreifen der A.- und S.-Räte die Anarchie in Deutschland schon bestände. Unsere Versammlung muß in Zukunft den Charakter einer großen gesetzgebenden Körperschaft erhalten. (Sehr richtig!) Dazu gehört ein neues Wahlsystem und Neuwahlen. Wir empfehlen Ihnen folgenden zusammenfassenden Antrag:

„Die vom Vernehmen der Arbeiterräte getragene Fehnerkommission, die Gewerkschaften und der Vollzugsrat verhandeln mit den Vertretern und Unternehmern, um die in den Betriebsstätten bestehenden Rechte festzusetzen. Die versammelten Arbeiterräte erkennen an, daß nur eine systematische, organische Entwicklung des Wirtschaftslebens am sichersten und schnellsten zur Sicherung der Ertragskraft beiträgt.“

Der Redner schloß mit den Worten: Es fällt uns nicht ein, eine Diktatur auszuüben, wir betradten uns als ein Provisorium, und wir werden dann Platz machen, wenn sich die Ertragskraft der Revolution so konsolidiert haben, daß eine Vertretung des Volkes vorhanden ist, von der man annehmen kann, daß sie wirklich im Interesse der sozialistischen Republik handelt.

Der Antrag Bergmann wurde hierauf einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag Reher angenommen, der lautet:

Die Versammlung der Arbeiterräte, Groß-Berlins ersucht den Vollzugsrat, unverzüglich geeignete Schritte zur Mitarbeit im auswärtigen Amt heranzuziehen. Die Versammlung ersucht ferner den Rat der Volksbeauftragten, in die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland Männer zu berufen, die praktische Erfahrung auf dem Gebiete des Kriegsgefangenenwesens haben.

Mit der Mahnung, in den Betrieben draußen für Ordnung zu sorgen. (Rufe: Keine Karten heraus!) und einem Hoch auf die Internationale wird die Versammlung geschlossen.

Ein Beitrag zur Geschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses im Kriege.

Wien, 30. Nov. (T.L.) Der Berner Berichterstatter des „Neuen Wiener Journals“ erhält von einer Persönlichkeit, die bis in die letzten Wochen mit dem Wiener Auswärtigen Amt in enger Fühlung gestanden haben soll, folgende Mitteilungen: Graf Czernin hat kurz nach seinem Amtsantritt 1917 im Auftrage Kaiser Karls in Berlin Kaiser Wilhelm erklärt, Österreich-Ungarn stehe am Ende seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte und könne den Krieg kaum über den Winter hinaus fortsetzen. Er bitte daher den Kaiser Wilhelm dringend, Frieden zu schließen, wenn es sein möchte, mit großen Opfern. Österreich-Ungarn erklärte sich seitens zu weitgehendem Entgegenkommen bereit. Kaiser Wilhelm verweigerte, ohne persönliche Stellung zu nehmen, Czernin an Hindenburg und Ludendorff. Bei der Beratung mit ihnen im Hauptquartier blieb Hindenburg ziemlich passiv. Ludendorff führte das Wort. Czernin schilderte die traurige Lage der Monarchie, die vor dem Ende stehe. Ludendorff erwiderte, er glaube das nicht, halte vielmehr das unglückselige Verwaltungssystem Österreich-Ungarns für schuld an dieser Auffassung und sei bereit, den Beweis dafür zu liefern durch Ausschaffung deutscher Kommissare an die österreichisch-ungarische Verwaltung für die Kriegszeit. Czernin, aufs höchste betroffen, ersuchte dem Kaiser Karl Bericht, der natürlich einen solchen Eingriff entschieden ablehnte. Bald darauf begab sich Czernin wieder ins deutsche Hauptquartier und ließ nunmehr zum erstenmale durchblicken, daß Österreich-Ungarn geäußerten sein Wille, bei längerer Fortsetzung des Krieges einen Sonderfrieden zu schließen. Darauf erwiderte Ludendorff mit größtem Erstaunen: Sagen Sie Kaiser Karl, daß an dem Tage, an welchem Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließt, es die Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen habe. Einen solchen Akt von Treubruch könnten wir nur mit Eröffnung der Feindseligkeiten beantworten. Czernin brach darauf das Gespräch ab, kehrte nach Wien zurück und erklärte dem Kaiser: Unser Schicksal ist auf dem Boden und Leben mit dem Deutschlands verbunden. Wir können nicht anders, als an seiner Seite anstehen.

Polens „Rechtfertigung“.

Berlin, 30. Nov. (W.B.) Die polnische Gefandtschaft läßt eine Erklärung zu den Zeitungsmedienungen über die Vorkommnisse in Lemberg gehen, in der es heißt: Der Auffassung des Tatbestandes durch Unparteiliche, besonders durch die bereits aus Budapest in Lemberg eingetroffenen Entente-Delegierten, seien wir zuversichtlich entgegen. Bezüglich der Tatsachen ist darauf hinzuweisen, daß Galizien und insbesondere Lemberg seit Jahr und Tag der Zummelsitz einer großen Zahl von Desertieuren der früheren r. und l. und der russischen Armee ist, die in eigenen Uniformen oder solchen der früheren polnischen Legion in manchen Gegenden zu Tausenden die öffentliche Sicherheit gefährdeten. Seit Anfang des Monats war Lemberg der Schauplatz erbitterter Straßenkämpfe der Ukrainer und Polen, wobei der Zivilbevölkerung die schwersten Opfer nicht erspart bleiben konnten. Bei der Eroberung durch die Polen entstand durch den panischen Rückzug der Ruthenen ein Tumult, der von allerlei Banditen zu Plünderungen und blutigen Mordtaten benutz wurde. Es ist begreiflich, daß das polnische Kommando im Augenblick des Sieges einzug nicht mit Verhinderung des Standrechts die polnische Herrschaft beginnen wollte. Nach Verkündigung des Standrechts wurde eine Reihe Schuldiger sofort handrechtlich erschossen. Ferner wurde die Stadt abgesperrt, um deren Säuberung von unsicheren Elementen zu ermöglichen. Es wurde nicht nur das Judenviertel, sondern auch andere Stadtteile mit dem Postgebäude und Landtagsgedäude sowie andere öffentlichen Gebäude in Mitleidenschaft gezogen. Es erscheint absolut undenkbar, daß polnische Offiziere und Mannschaften unter dem Oberbefehl des früheren österreichischen Feldmarschallleutnants Rudzinski und unter Führung des Generals Rosa oder die ihnen unterstellte freiwillige Legion der ukrainischen akademischen Jugend sich an den blutigen Exzessen beteiligt haben sollten. Seitens der polnischen Regierung mit Pilsudski als Staatsoberhaupt an der Spitze, deren Gerechtigkeitsinn und Demokratismus niemand in Frage stellen dürfte, wird alles aufgebracht werden, um der Bevölkerung ohne jegliche Unterdrückung Leben und Erwerb sicher zu stellen und Anschläge auf die öffentliche Ordnung, wie sie in Lemberg geschahen, zu vereiteln.

Kleine Mitteilungen.

Donaubrad, 30. Nov. General der Infanterie Hofmann, der frühere Führer des Besonderekorps, ist gestorben.

München, 30. Nov. Die ersten Offiziere der Besatzungsarmee, und zwar ein belgischer Hauptmann und ein belgischer Oberleutnant trafen gestern nachmittag mit dem Kraftwagen in München ein und begaben sich zum Polizeipräsidenten zum Rathaus, wo weitere Verhandlungen stattfanden.

München, 30. Nov. Der „Corriere d'Italia“ teilt mit, dass noch in Rom die Konferenz der Verbündeten zur Ausführung der maritimen Bestimmungen des Waffenstillstandes zusammengetreten ist. Vorsitzender der Kommission Admiral Thaon di Revel.

München, 30. Nov. Die während des Krieges von Österreich gebildete Kammergruppe der Parlamentarischen Union ist aufgelöst, da sie ihre Aufgabe als erfüllt betrachtet.

Amsterdam, 1. Dez. (T.L.) Aus Washington mel-
teuter: Man erwartet, dass Präsident Wilson am kommenden Tag nach Europa einfliegen wird.

Amsterdam, 1. Dez. (T.L.) Der „Manchester Guardian“ fordert, dass die alliierten Truppen nach Polen geschickt werden sollen, was nach dem Waffenstillstand erlaubt sei, den Pogromen ein Ende zu machen.

Amsterdam, 1. Dez. Reuter meldet aus London: Admiralität macht bekannt, dass das alliierte Geschwader Schwarze Meer am 30. November in Sebastopol angekommen ist. Die russischen Schiffe, die in den Händen der Deutschen waren, und einige deutsche U-Boote ergaben sich.

Lokales und Provinzielles.

Herzlichen Dank für gute Quartiere sagen im Moment unserer heutigen Nummer die im Dillkreis quartiert getauften Truppen der 4. Garde-Inf.-Division. Dem echten Deutschen ist es eine selbstverständliche Dankeschuld, die Verteidiger unserer Heimat auf dem Rückmarsch abzugeben und nach besten Kräften zu bewachen. Die begeisterte Anerkennung überall zu möglichst noch größerer Anstrengung der Quartierwirte beitragen.

Ueber den Austausch unserer Kriegsgefangenen findet heute abend 9 Uhr im Gasthof Fiedler eine Besprechung statt.

Die Familienunterstützungen sollen für Kriegsteilnehmer ganz allgemein bis zum 31. Dezember 1918 weitergewährt werden. Darüber hinaus soll der nach dem 30. November 1918 zur Entlassung kommenden Mannschaften noch zwei Halbmögensraten an Familienunterstützungen ohne Prüfung der Bedürftigkeit gezahlt werden. Der betr. Entwurf dürfte schon in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

Die Demobilisierung hat begonnen, unsere Feld-
mann kehren in die Heimat zurück. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu reichlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr der Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinden am Werke, für die fortfallenden Heeresaufträge die Finanzierung größerer Arbeiten und Erteilung man-
schlicher Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu schaffen. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Hand-
werker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil nimmt, muß gesorgt werden. Deshalb ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden Privatbetrieb und an die Handwerker, die aus dem Heere aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit haben wollen und haben müssen. In jedem Betriebe und Haushalte werden Arbeiten oder Anschaffungen vorzu-
nehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, so es Reparaturen und Ausbesserungen geben, die schon längst auszuführen sein sollten. Jetzt ist die rechte Zeit, sie in Angriff zu nehmen. Damit für den einzelnen verbundene Be-
lastungen müssen gebrocht werden. Versasse sich niemand darauf, die Belastung in wenigen Wochen die Preise niedriger sein werden. Weichen unsere Handwerker und Geschäftsleute ohne Bedenken, so können daraus Zustände entstehen, die der Ge-
meinschaft und jedem Einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

Der Organisten- und Kantorenverein im
Gemeindebezirk Wiesbaden hatte sich mit einer Eingabe an die Regierung der Organistenbeförderung und der Anstellung von Organisten an die diesjährige Bezirksynode gewandt. Die Eingabe war mit dem Inhalt, dass die organische Verbindung zwischen Lehr- und Organistenamt unter Verantwortung des Organistenvereins gelöst und damit die Pen-
sionsfähigkeit des kirchlichen Einkommens verloren gegangen war. Die Synode beschloß, den Antrag der Kirchen-
behörde zur weiteren Behandlung der Angelegenheit zu empfehlen und den Gemeinden zu empfehlen, wo die Mittel vorhanden sind, den Organisten Kriegsteuerungszu-
schüsse zu gewähren, zugleich die Behörde zu bitten, die An-
stellungsverhältnisse der Organisten, Kantoren und Choristen einheitlich zu regeln.

Himmelserscheinungen im Dezember. Die
neue tritt am 22. Dezember in das Zeichen des Steinbock. Der kürzeste Tag des Jahres ist dann erreicht, er dauert von 11 Uhr morgens bis 3 1/2 Uhr nachmittags, also nur 7 1/2 Stunden, während auf die Nacht 16 1/2 Stunden, mehr als doppelt der Tageslänge, entfallen. Der Mond durch-
läuft im Dezember nachfolgende Phasen: Neumond am 3. Dezember, erstes Viertel am 11., Vollmond am 17., letztes Viertel am 25. Dezember. — Von den Planeten sind nur Mars und Saturn gut sichtbar, ersterer im Sternbild der Zwillinge, letzterer in dem des Löwen. Wegen seines Ringes ist Saturn stets ein interessantes Beobachtungsobjekt. — Sternschnuppenfälle sind in der Zeit vom 9.—16. Dezember Sternbilder der Zwillinge zu erwarten, werden aber nicht übermäßig stark in Erscheinung treten. — Am Himmels-
himmel sind besonders interessante Beobachtungen im Dezember kaum zu machen.

Hahnberg, 29. Nov. Der 14jährige Lehrling John Garb hatte im Scherz einen Armeeerscholter, den er einem Militär-
entnommen hatte, gegen sich ab. Die Waffe entlud sich auf die Brust des Jungen auf der Stelle.

Frankfurt, 1. Dez. Montag, den 2. Dezember, zieht die 11. Division mit General v. d. Marwitz an der Spitze nach Frankfurt ein. Die Division wird 10. bis 15.000 Mann stark sein. Etwa 5000 Mann werden hier in Schulen ein-
quartiert.

Überbach, 1. Dez. Durch plötzliche Kälte wurde ein Brand verursacht, dem zwei mit wertvollen Mate-
rien belegte Militärkraftwagen zum Opfer fielen.

Rinzhabach, 1. Dez. Eine Eisenbahnkompanie ist in
Rinzhabach von 300 Mann am Donnerstag hier eingetroffen. Es

ist, am letzten Bahnhof sollte bei Rinzhabach große Man-
nen zu schaffen. Die aus dem Bahnhof heranziehende
erste Armee wird größtenteils in Dörlar, Rinzhabach und
Rallar verladen und nach dem Osten befördert.

Uermischtes.

* Zwei Jungen tot aufgefunden. Während der
Abwesenheit der Mutter pflegten sich die beiden 14 und 13
Jahre alten Söhne des Landsturmmannes Robert Klug in
Blauen ihr Mittagessen auf dem Gasloch aufzuwärmen. Als
die Mutter nach Hause kam, fand sie beide Anaben in der
Wohnung tot auf. Der Tod war durch Gasvergiftung einge-
treten. Die Jungen hatten verstaubt, den Gasbrenner abzu-
drehen.

* In „Begleitung“. Aus einer Stadtverordneten-
versammlung in Donaueschingen wird berichtet: Oberbürgermeister
Dr. Rißmüller betrat in Begleitung eines mit aufgepflanz-
tem Seitengewehr bewaffneten Soldaten den Sitzungssaal
und eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten: „Meine
Herren, ich eröffne die Sitzung. Wie Ihnen bekannt sein
wird, ist auch hier in Donaueschingen ein Soldatenrat eingerichtet.
Verschiedene öffentliche Büros sind von Posten besetzt wor-
den, so auch mein Büro. Ich habe einen ständigen Be-
gleiter erhalten in der Person des Herrn Muskatier Ruer.
Ich habe mich erkundigt, in wessen Auftrag man komme.
Man antwortete mir, das wisse man noch nicht. Weitere
Verhandlungen waren noch nicht möglich.“

Verantwortlicher Schriftleiter: Bruno Benz-Dillenburg.

Umfliche Bekanntmachungen.

Verordnung

über Sicherung der Kriegsteuer.

Vom 15. November 1918.

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft, was folgt:
§ 1. Die Vorschriften in §§ 2 bis 4 des Gesetzes über
Sicherung der Kriegsteuer vom 3. April 1917 (Reichs-Ge-
setzblatt S. 351) werden auf das 5. Kriegsgeschäftsjahr mit
der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften in die
Kriegsteuerrollenlage 80 von 100 des im fünften Kriegs-
geschäftsjahre erzielten Nettgewinnes einzustellen haben.

§ 2. Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung
in Kraft.

Dillenburg, den 15. November 1918.

gez. Ebert, gez. Haase.

Bekanntmachung.

Nach Anordnung der Obersten Heeresleitung sind alle
militärischen Behörden in dem Durchmarschgebiet des Hei-
heeres in allen das Feldheer betreffenden Angelegenheiten
an die Befehle der Kommandobehörden des Feldheeres ge-
bunden.

Dillenburg, den 2. Dezember 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Beit. Kohlenbeschlagnahme wegen Einquartierung.

Sollten in einzelnen Häusern Kohlenmengen festgestellt
werden, welche den Bedarf für die nächste Zeit erheblich
übersteigen, so ermächtige ich die Herren Bürgermeister, den
Ueberschuß gegen Bezahlung zu beschlagnehmen und ihn solchen
Familien zu überweisen, die durch Einquartierung einen Man-
gel an Kohlen haben. Der eigene Bedarf, der bei den bis-
herigen Beständen der Kohlen infolge eigener Einquartierung
besteht, ist natürlich zu berücksichtigen.

Aufs für Zentralheizung scheiden von der Beschlagnahme
aus.

Dillenburg, den 29. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: v. Sybel.

Schlachtpferde und Pferdefleisch.

Nach Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Kriegs-
ernährungsamtes vom 14. Juni 1918 (R.-G.-Bl. S. 655) und
des Herrn Staatskommissars für Volksernährung vom 15.
Juli d. J. ist ab 1. August 1918 der Ankauf von Pferden
zur Schlachtung, der Betrieb des Schlachthausgewerbes und
der Handel mit Pferdefleisch im Regierungsbezirk Wiesbaden
nur solchen Personen und Stellen gestattet, welchen von der
Bezirksfischerei eine besondere Erlaubnis hierzu erteilt wor-
den ist. Zur Schlachtung bestimmte Pferde dürfen nur an
diese Personen oder Stellen abgegeben werden.

Die Namen der zugelassenen Betriebe sind aus der Be-
kennung der Bezirksfischerei vom 12. September 1918
erhältlich.

Im Dillkreis ist nur die Kreisfleischstelle zuge-
lassen. Gemeinden und größere Werke können Pferdefleisch von
der Kreisfleischstelle zu Tagespreisen beziehen.

Dillenburg, den 2. Dezember 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Kohlenkarten.

Gewerbliche Betriebe mit einem Monatsverbrauch von
über 10 Tonnen Kohlen können die für den Monat Dezember
erforderlichen Kohlenkarten durch das Landratsamt beziehen.
Dillenburg, den 2. Dezember 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Neue Brotregelung.

In Abänderung der gleichnamigen Verordnung vom 3.
August 1918 (Kreisblatt Nr. 188) wird folgendes für den
Dillkreis verordnet:

§ 1. Für Getreideunversorgte sind zuständig für den
Kopf und die Woche 2000 Gramm Brot oder 1500 Gramm
Weißmehl. Der bisherige anders lautende Ausdruck der Brot-
karten ist ungültig. Die Karten sind aber weiter zu ver-
wenden und geben Anspruch auf die neuen Mengen.

Eine Kartiofestsetzung findet nicht statt.

Das Baden von Brötchen ist verboten. Nur
für Lazarett, Krankenanstalten können durch die Ortsbe-
hörden Ausnahmen gestattet werden. Kranke erhalten Wei-
zenmehl, wie bisher gegen Vorweisung auf Grund kreis-
ärztlicher Prüfung. Hierfür können sie sich Weißbrot baden
lassen.

§ 2. Es dürfen nur Brode von 2000 und 1000 Gramm
verkauft werden. Das Gewicht muß 24 Stunden nach Be-
endigung des Badens vorhanden sein. (Verkaufsgewicht.)

§ 3. Den Gemeinden werden zur Versorgung nach § 1
für den Kopf und Tag 230 Gramm Weißmehl überwiesen. Da
zur Versorgung nur täglich 214 Gramm erforderlich sind
(§ 1), so verbleibt eine Gemeindereserve für Kranke und
Schwangere.

§ 4. Da die Erhöhung der Brottarif nach Anord-
nung der Reichsgetreidestelle auf die Schwerkraftzulage
angewandt ist, so erhalten die Schwerkraftarbeiter eine un-

terstützte Schwerkraftzulage von 3 Pfund Brot oder 750
Gramm Mehl. Das erforderliche Mehl geht den Gemein-
den zu.

Die Schwerkraftzulage, welche durch die Werte ver-
teilt wird, wird nicht geändert.

§ 5. Auf Reisbrotmarken sind künftig 300 Gramm
pro Kopf und Tag zu verabsorgen. Es dürfen daher für
jeden Reisbrot 6 Reisbrotmarken zu je 50 Gramm Gebäck,
also im ganzen über 300 Gramm, ausgegeben werden. Den
Empfänger hat pro Reisbrotmarken mit 10 Brotmarken 400
Gramm Brotgetreide bezu. 375 Gramm Mehl an die Ge-
meinde abzuliefern, oder es wird ihm seine Brotkarte um
500 Gramm Brot gekürzt.

Den Militärurlaubern dürfen Reisbrotmarken nur in
Höhe von 240 Gramm Mehl oder 300 Gramm Brot pro
Kopf und Tag verabsorgt werden. Sind sie während des
Urlaubs Schwerkraftarbeiter, dann haben sie Anspruch auf die
Schwerkraftzulage.

§ 6. Folgende Höchstpreise werden hiermit festgesetzt:
Für ein 2000-Gramm-Brot 35 Pfg.
Für ein 1000-Gramm-Brot 48 Pfg.
Für 1 Pfund Weizenmehl 30 Pfg.
Für 1 Pfund Roggenmehl 28 Pfg.

Vorstehende Höchstpreise beziehen sich nur auf solches
Mehl, das durch etwaige Erspargung von Brot in geringen
Mengen gekauft wird. Auf Mehl, das Unversorgten un-
mittelbar von der Gemeinde zum Selbstverbrauch
abgegeben wird, finden die vorstehenden Höchstpreise keine
Anwendung. Die Preise für solches Mehl sind von der
Gemeindebehörde in Gemeinschaft mit dem Wirtschaftsaus-
schuß zu regeln.

Die übrigen Vorschriften der Kreisverordnung vom 3.
August 1918 bleiben unverändert bestehen.

Vorstehende Verordnung tritt am 1. Dezember d. J.
in Kraft.

Dillenburg, den 3. November 1918.

Der Kreisausschuß.

Bestellungen von Saathäusernfrüchten.

Um den Bedarf an Saathäusernfrüchten für das kommende
Jahr rechtzeitig bei der Reichsgetreidestelle anmelden zu können,
ersuche ich alle Landwirte des Kreises, ihren etwaigen Bedarf
bis spätestens zum 15. d. Mts. bei der Gemeindebehörde
ihres Wohnortes anzumelden.

Die Herren Bürgermeister

bitten ich, die Bestellungen entgegenzunehmen und in einer Liste
nach nachstehendem Muster einzutragen:

Nr.	Name des Bestellers	Größe der für den Saathaus- anbau in 1919 vorgesehenen Fläche in ar	Bestellte		Sal der Be- steller in 1918 Häusern- früchte der bestellten Sorte geernt- et? wenn ja, wieviel? Pfl.
			a) Sorte	b) Menge	

Unter die Liste ist zu bescheinigen, daß die Bestellungen
begründet sind und eine Verwendung des Saatguts zu Saat-
zwecken durch die Besteller verbürgt ist.

Die Liste ist bis spätestens zum 20. Dezember hierher ein-
zureichen. Später eingehende Listen können nicht berücksich-
tigt werden.

Dillenburg, den 27. November 1918.

Der Landrat: v. Sybel.

Um den heimkehrenden Kriegern den Wiedereintritt in ihre
früheren Arbeitsstellen zu ermöglichen, ergeht an die

Arbeitgeber des Dillkreises

die Aufforderung:

1) Alle Personen, die vor dem Kriege nicht in der Industrie
sondern im Handwerk tätig waren, sind zu veranlassen, sich
ihrem früheren Berufe wieder zuzuwenden. Sie müssen
allmählich aus der jetzigen Stellung ausscheiden.

2) Im Kriege eingestellte weibliche Personen in Büros sind
möglichst durch männliche Angestellte zu ersetzen, sobald sich
geeignete Bewerber finden lassen. Neueinstellung weib-
licher Kräfte sind zugunsten geeigneter männlicher Bewer-
ber zu unterlassen.

Frauen sollen sich ihrem früheren Berufe
(z. B. dem Gewerbe) widmen, oder sie gehören ins
Haus oder in die Landwirtschaft ihrer Familie.

3) Die in Kriegsbetrieben tätigen Jugendlichen sollen
entlassen werden und ein Handwerk erlernen. Die
Eltern werden dringend aufgefordert, die betr. Söhne in
einem Handwerk ausbilden zu lassen.

4) Bei Neueinstellungen haben die Arbeitgeber die
aus dem Heere entlassenen geeigneten Ar-
beiter vor allen anderen Bewerbern auf je-
den Fall zu berücksichtigen, insbesondere solche,
die schon vor dem Kriege auf dem Betriebe oder im Kreise
gearbeitet haben.

Dillenburg, den 30. November 1918.

Der Demobilisierungsausschuß für den Dillkreis:

Der Vorsitzende: v. Sybel, Landrat.

Schuhmacher- Nähmaschine

evtl. ganz Einrichtung zu
kaufen gesucht.

Otto Wagner, Saiger.

Lüdtiger

Elektriker,

der an sauberes und selbst-
ständiges Arbeiten gewöhnt
ist, für die gesamten Arbeiten
unseres Betriebes gesucht.

„Sanja“ Cement- und
Gitterwerke m. b. H.,
Saiger.

Pferdefleisch

täglich zu haben, so viel einer
haben will, ohne Fleischmarke.

Gießen. M. Kehler,

Pferdemehrgerei.

Mädchen

für einige Stunden des Tages
sicher gesucht. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Dienstmädchen

vom Lande gesucht.

Frau Wilt. Benner.

Bekanntmachung. Ausgabe von Kriegsnotegeld.

Die Ausgabe der Mk. 5.—, Mk. 10.— und Mk. 20.— Scheine erfolgt demnächst. Viele Gutscheine haben denselben Wortlaut wie die Mk. 50.— Scheine.
Der Ausdruck der Mk. 5.— Scheine ist auf der Vorderseite in dunkelblauer Farbe, der der Mk. 10.— Scheine in blaugrüner und der der Mk. 20.— Scheine in brauner Farbe hergestellt. Darunter befindet sich ein Unterdruck mit dem Wappen des Reichsverbandes in hellgrüner bzw. hellblauer und lila Farbe. Mk. 5.— und Mk. 10.— Scheine sind mit einem Grunddruck in grauer Farbe, Mk. 20.— Scheine in gelblicher Farbe versehen. Das Papier enthält ein Wasserzeichen.

Wiesbaden, den 30. November 1918.

Direktion des Reichsausschusses.

Im Namen der mir unterstellten Truppen sage ich den Einwohnern des Distriktes herzlichsten Dank für die freundliche und liebevolle Aufnahme, die sie uns Fronttruppen in der Heimat nach den langen entbehrungsreichen Kriegsjahren und den überaus anstrengenden Märschen der letzten Wochen gewährt haben.

4. Garde-Infanterie-Division
Graf Finck v. Finckenslein,
Generalmajor und Divisionskommandeur.

Gitarren, Laufen, Konzertzithern,
Sitarzithern, Violinen, Mando-
linen, Grammophone, Platten,
Photographische Apparate.
E. Magnus, Herborn.

Zum Schlagen von Brennholz werden sofort
20 Arbeiter

unter günstigen Lohnbedingungen u. vorzugsweiser Belieferung
mit Brennholz gesucht. Meldungen bei Stadtförster Schneider.
Dillenburg, den 30. November 1918.

4500

Der Magistrat.

Rote + Gelblose
(Sampfgewinn 100.000 Mark)
M. 3.30 Pf. Porto u. Liste
45 Pf. Gebrüder Heinrich,
4220 Weimar.

Rote + Rose
44 Mk. 17801 Geldgewinn
Ziehung bestimmt
vom 6.—11. Dezember
Sampfgewinn 100.000 50.000
25.000 Mk. bares Geld.
Porto 15 A, jede Liste 30 A
verl. Glücks-Kollekte
Sch. Deede, Kreuznach.

**Batterien
Birnen
Spielkarten**
für Wiederverkäufer.
Gebrüder Traupel,
Alsfeld, Burg,
— Telefon 840. —

Einige Zentner
Äpfel
zu kaufen gesucht.
Gef. Angebote erbitten unt.
D. Z. 4398 an die Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Zu verkaufen:
1 email. vernickelt. Herd,
Kinderbett, 1 Bolldampf-
waschmaschine u. 2 Oefen.
Adolfstraße 15, part.

Installationsgeschäft
für elektr. Licht- und Kraft-
anlagen mit Pögel und Werk-
stoff zu kaufen oder zu pachten
gesucht. Coll. anderes Geschäft,
welches sich hierzu eignet.
Schriftl. Angeb. unt. R 4381
an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Schmied
für dauernde Beschäftigung
sucht
H. K. Henn,
Niederscheld.

Freibank.
Morgen Dienstag vormittags
von 9—11 und nachmittags
von 2—4 Uhr
Bierfleischverkauf
das Pfund zu 1 Mark.
Dillenburg, 2. Dezbr. 1918.
Die Polizeiverwaltung.

Dienstag, 3. Dezember
Weißkraut
in der städtischen Scheune am
Hauweg.
Mahlzweige f. Brotgetreide
können auf dem Rathaus
(Lebensmittellager) abgeholt
werden.
Dillenburg, d. 2. 12. 1918.
Der Magistrat.

Kolonialwarengeschäfte
Kriegsbeschädigte u. f. w.
sichern Sie sich jetzt schon den
Verkauf meiner prima
Feld- u. Gartenjämereien
schnellste, zupack. Bedienung.
F. A. Jacobs,
Weilburg N. N.

Quartierzettel
vorhanden in der
Buchdruckerei
E. Weidenbach, Dillenburg.

Ofenrohre
fabriziert und liefert jedes
Quantum.
H. Mez,
Niederscheld (Sieg).

2 Pferde
zu verkaufen, unter zwei
mittelschweren und einem
Donno-Bongli die Wahl.
Georg Köhl,
Nieder-Eisenhausen.

Eine junge
Bogelsberger Kuh
im August zum ersten Mal
gekalbt, steht zu verkaufen bei
Gärtner Bender,
Hebernthal.

Junger Mann,
welcher 4 Jahre auf Büros
läng war, und vom Militär
abgegangen ist, sucht Stellung
auf einem Büro.
Nab. in d. Gesch.-Stelle.

Die Diensträume der Stadtkasse befinden sich jetzt im Erdgeschoss Draniensstraße 9, Zimmer 2—3.

Dillenburg, den 30. November 1918.

Der Magistrat.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit
Dienstbunden belasteten Truppenteile haben Anweisung er-
halten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Em-
pfangsbescheinigung zuzuführen. Ueber den Zeitpunkt der
Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden.
Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rück-
transport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist
damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung
der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung
der Transportschwierigkeiten, dieser oder jener Hund nicht
oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von
den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren
Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den
Besitz der Herresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anträgen der Hundebesitzer, wann
die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier be-
findet usw., nicht ergeben zu lassen, da die Nachrichten-Mittel-
prüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den
heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher
bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei
dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur
Verfügung stellen, ihren besten Dank aus. Die Hunde
haben viel Gutes geleistet.

Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichten-
truppen) Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

Zwecks einer Eingabe betreffend den Austausch
unserer Kriegsgefangenen werden ihre Angehörigen
zu einer Besprechung auf heute Abend 9 Uhr ins
Gasthaus Fiedler (Häutenplatz) hiermit eingeladen.

Schreiner, Seminarlehrer.

Gießener Paedagogium.

Höb. Privatschule für alle Schularten. Sexta—Ober-
prima. Einz. u. Primareise. Abiturienten-
prüfung. Individueller Unterricht. Kleine Klassen.
Arbeits-Schülerheim in etwa 25000 qm Park.
Kunden. Gute Verpfleg. Charakter-
bild, durch Arbeiten u. Pflichten. Gießen a. d. Bahn.
Wilhelmstr. 16. Nähe Univ. Fernr. 2075. Beste Erfolge.
2054
Direktor Brachmann.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch die erg. Mitteilung, daß ich in dem
Marbachstraße 85 (Wohnung Rheinstraße 2) eine

Bau- und Möbelschreinerei

eröffnete. Es wird mein Bestreben sein, die mich besuch-
tende Kundschaft durch rasche Bedienung, gute Arbeit und
Preise zufriedenzustellen.

Mit der Bitte um fröhl. Zuweisung von Aufträgen
pfehle ich mich.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Heinz

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich mein
Geschäft wieder aufgenommen und bitte um ge-
hörigen Zuspruch.

Haiger, den 2. Dezember 1918.

Ferd. Meinhardt,
Frischgeschäft für Herren und Damen.

Bekanntmachung.

Alle Arbeitgeber (Industrie, Handwerk, Landwirt-
schaft sowie Herrschaften, welche Mädchen in Dienste nehmen
wollen sich an den Städt. Arbeitsnachweis (Hilfsdienstver-
mittlung) Herborn wenden, ebenso alle Arbeitnehmer und
Arbeitnehmerinnen, damit ein geregelter Arbeitsver-
hältnis bei der jetzigen Demobilisierung zu Stande kommt.
Die Vermittlung erfolgt unentgeltlich.

Städt. Arbeitsnachweis, Herborn.

Kaiserstraße 28. Fernruf 63.

Geschäftsstunden 8—12, 3—7.

Dankagung.

Für die uns beim Heimgang unserer lieben
Mutter bezeugte wohlwollende Teilnahme, für die der
Verstorbenen während ihres Leidens erwiesene Liebe,
für die Kranzspenden und das Grabgeleit sagen
wir hiermit herzlichsten Dank.

Dillenburg, den 2. Dezember 1918.

Familie Karl Stahl

Familie Wilhelm Stahl

Familie Karl Siehl.

Statt besonderer Anzeige.

Am 28. November ist mein geliebter Mann, mein guter Vater, unser lieber Sohn, Bruder,
Schwiegerohn und Schwager

Albert Otto,

Sanftmann und 1. Generalliebskollektier der 4. Ersatz-Division,

Inhaber des E. K. 2. und 1. Kl., des Ritterkreuzes
des Königl. Hausordens von Hohenzollern, des Ritter-
kreuzes mit Eichenlaub und Schwertern des Ordens vom
Zähringer Löwen und 5 anderer Orden.

im Reservelazarett in Lippstadt an der Grippe, welche ihn auf dem Rückzug aus Feindesland
befallen hat, im 37. Lebensjahr sanft entschlafen.

In tiefem Schmerz namens der Hinterbliebenen

Alice Otto geb. Landsried
Heinz Otto.

Dillenburg, Dilldorf, Frankfurt a. M., den 2. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet heute in der Stille statt.

Wir bitten freundlich, von Blumenpenden und Beileidsbesuchen absehen zu wollen.